

Was heißt hier Demokratie?

Ergänzende Erläuterungen und Hinweise zum Gebrauch im Unterricht



AB 01 Demokratie heißt für mich...

1 „Demokratie“ heißt für mich ...

Die Schüler*innen überlegen individuell – inspiriert von den Aussagen aus der Umfrage und den Zitaten – was sie mit dem Begriff „Demokratie“ verbinden und machen sich Notizen. Anschließend tauschen sie sich in Murrelgruppen aus. Innerhalb der Murrelgruppen erfahren die Schüler*innen, dass einige Elemente für alle selbstverständlich zur Demokratie gehören, es jedoch auch individuelle Wahrnehmungen gibt.

2 Demokratie-Umfrage

Anschließend befragen sie ihre Mitschüler*innen (Aufgabe 3) und nehmen eine erste Kategorisierung vor (Aufgaben 1 und 2). Die Schüler*innen erfahren, dass Demokratie auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt und in verschiedenen Lebensbereichen wichtig sein kann. Ihnen wird bewusst, dass Demokratie nicht allein ein politisches System darstellt, sondern dass demokratische Elemente auch eine Bedeutung für das Zusammenleben in der Gesellschaft (auch Familie, Schule usw.) haben.

AB 02 Wann funktioniert eine Demokratie?

Dass das Funktionieren einer Demokratie mit zahlreichen Bedingungen und Faktoren verknüpft ist, wird auf AB 02 erörtert.

Hierzu gehört, dass die Schüler*innen überlegen, welche Akteure*innen für das Funktionieren einer Demokratie wichtig sind, und welchen Beitrag jeder*ine Einzelne leisten kann und muss, damit eine demokratische Gesellschaft bestehen und ausgebaut werden kann. Die Schüler*innen sollen zwar ihre Meinung kundtun, und es sind durchaus verschiedene Antworten möglich. Aber F, G und K bezeichnen Verhaltensweisen, die auch in einer Diktatur möglich wären.

— Zu Aufgabe 1

Die Schüler*innen bewerten den Beitrag von Politik und Gesellschaft zum Gelingen einer Demokratie.

— Zu Aufgabe 2

Anschließend fügen die Schüler*innen hinzu, was ihrer Meinung nach zentral ist für das Funktionieren einer Demokratie.

— Zu Aufgabe 3

Die drei Zitate im grün unterlegten Kasten stellen den Einstieg in eine Gruppendiskussion dar. Die Schüler*innen können zunächst zu den Zitaten Stellung beziehen, um anschließend eine eigene Definition einer „funktionierenden Demokratie“ zu entwickeln.

Bei der Ausarbeitung dieser Definition könnte es evtl. helfen, den Begriff „defekte Demokratie“ einzuführen, um Gelingensfaktoren herauszuarbeiten. Des Weiteren könnte man anschließend ein konkretes System anhand der entwickelten Definition überprüfen (z.B. die Bundesrepublik Deutschland, die Schule, die Familie etc.).

„Defekte Demokratien“ sind Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.

— Quelle: Merkel, Wolfgang et al. (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen: Leske + Budrich, Seite 66)

— Zu Aufgabe 4

Die Schüler*innen überlegen, inwiefern das Funktionieren der Demokratie auch von ihnen und ihrem Umfeld abhängt und welchen Beitrag sie selbst leisten können.

AB 03 Grundrecht Versammlungsfreiheit

Dieses Arbeitsblatt zeigt ein demokratisches Grundrecht auf, das Schülern*innen Möglichkeiten der Partizipation eröffnet. Sie reflektieren, inwiefern sie dieses Grundrecht wahrnehmen können und wollen.

1 Wozu demonstrieren?

Die Schüler*innen erörtern, warum Menschen demonstrieren. Sie fühlen sich in die auf den Fotos abgebildeten Personen ein und überlegen, welche Motive diese haben. Gleichzeitig überlegen sie, was mit Demonstrationen erwirkt werden kann.

2 Mein Demogramm

Im nächsten Schritt übertragen die Schüler*innen ihre Überlegungen auf die eigene Lebensrealität. Sie wägen ab, unter welchen Umständen und mit welchen Motiven sie demonstrieren würden. Gleichzeitig überlegen sie auch, was sie vom Demonstrieren abhält.

AB 04 Demokratie in der Zwickmühle – Das Dilemma der Entscheidung

Moralentwicklung und moralisches Lernen kann wesentlich durch die Auseinandersetzung mit Problem- und Dilemma-Situationen gefördert werden, bei denen es um ein Abwägen, Beurteilen und Entscheiden zwischen mehreren Werten geht (z.B. Eigennutz – Gemeinnutz – Fairness – Erfolg).

— Methodik zur Bearbeitung von Dilemmata:

1. Das Dilemma kennen lernen

- Gruppen bilden
- Ein Dilemma auswählen
- Vortragen, vorlesen
- Klären: Was ist das moralische Problem?
- Fragen beantworten

Die Teilnehmenden sollen sich mit dem Sachverhalt vertraut machen. Die Dilemma-Geschichte muss von allen verstanden worden sein.

2. Probeabstimmung:

Nun kommt es zu einer Probeabstimmung: „Was sollte die Person tun?“ Die Handlungsalternativen werden benannt. Die Teilnehmenden stimmen per Handzeichen ab, was die Person tun soll.

3. Begründungen finden in 15–20 Minuten

- Pro-Kontra-Gruppen bilden (3–4 Teilnehmer:innen)
- Argumente suchen und diskutieren

Im Kern der Dilemma-Diskussion steht die Abwägung von Begründungen für die vorgeschlagene Handlung. Die Teilnehmenden werden in „Pro-“ und „Kontra-“Gruppen aufgeteilt. Bei einer großen Teilnehmerzahl werden zwei oder drei Pro- bzw. Kontra-Gruppen gebildet. Die Aufgabe der Gruppen ist es, Argumente für die jeweiligen Verhaltensweisen zu finden und zu diskutieren. Die Argumente werden auf einer Wandzeitung festgehalten.

4. Diskussion im Plenum

Im Plenum werden die Argumente ausgetauscht. Folgende Regeln gelten hierfür:

- Die eigene Meinung wird mit Argumenten begründet
- Jedes Argument ist zulässig
- Keine Angriffe oder Beleidigungen
- Die Reihenfolge der Beiträge wird von den Jugendlichen selbst bestimmt, indem sie sich gegenseitig aufrufen
- Die Argumente werden an der Tafel festgehalten

Im Plenum werden nun die einzelnen Argumente so ausgetauscht, dass jeweils abwechselnd von jeder Gruppe (Pro- bzw. Kontragruppe) ein Redebeitrag kommt. Die Wandzeitungen können hierbei eine Gedächtnisstütze sein. Falls keine Wandzeitungen angefertigt wurden, ist es wichtig, die vorgetragenen Argumente an der Tafel/Pinnwand aufzulisten.

5. Argumente in Rangfolge bringen

- Die Jugendlichen treffen sich wieder in ihrer vorherigen Gruppe.
- Jede Gruppe bringt die Argumente der anderen Gruppen in eine Rangfolge:
 - Welches waren die besten Argumente der anderen Seite?
 - Welches Argument hat mich nachdenklich gemacht?

Die Gruppen (aus der Arbeitsgruppenphase) bewerten nun die Argumente der Gegenseite, indem sie diese nach ihrer Überzeugungskraft in eine Rangfolge bringen.

6. Schlussabstimmung (Entscheidung begründen)

In der Schlussabstimmung wird die Ausgangsfrage nochmals zur Abstimmung gestellt: „Wie sollte sich die Person in der Dilemma-Situation verhalten?“ Es wird sichtbar, ob und wie sich Meinungen verändert haben und welche Begründungen überzeugend sind. Wer jetzt anders als bei der Eingangsabstimmung gestimmt hat, sollte begründen, von welchem Argument er:innen sich hat überzeugen lassen.

7. Reflexion/Feedback (Lernsituation einschätzen)

- Was war schwierig an der Dilemma-Situation?
- Wie wurden der Ablauf und das Ergebnis empfunden?
- Was habe ich daraus gelernt?
- Habe ich über eine ähnliche Frage schon einmal nachgedacht?
- Vergewisserung über eigene Meinungsentwicklung

AB 05 Demokratie in der Familie

Beim *AB05* denken die Schüler:innen über demokratische Strukturen innerhalb der Familie nach. Sie werden dazu angeregt, ihr eigenes Verhalten innerhalb der Familie und ihren Beitrag zu einer gelingenden Konfliktkultur zu reflektieren.

Mithilfe dieses Arbeitsblatts wird den Schüler:innen deutlich, dass Demokratie nicht allein eine politische Staatsform ist, sondern demokratische Elemente auch ein Zusammenleben in der Familie und der Gesellschaft bereichern können. Ihnen kann damit die eigene Rolle eines demokratischen Mitbürgers:innen verdeutlicht werden.

Alle drei Aufgaben zeigen auch deutlich, dass jedes Mitglied einer Gemeinschaft (hier am Beispiel Familie) wertvoll ist und damit auch wertgeschätzt werden muss.

1 Worüber alle Familienmitglieder mitentscheiden sollten:

Die Schüler:innen kreuzen Aussagen an, die ihrer Meinung nach zur Abstimmung in der Familie gestellt werden sollten. Meist entscheiden die Eltern und Erwachsenen in der Familie über Anschaffungen und Regeln. Mit zunehmendem Alter jedoch wollen auch Kinder und Jugendliche mitentscheiden. Bei dieser Aufgabe geht es darum, realistisch einzuschätzen, welche Entscheidungen von den Schüler:innen getragen werden könnten und welche von den Eltern entschieden werden sollen.

2 Der Familienrat – Ein Vorschlag

Manche Schüler:innen haben vielleicht konkrete Erfahrungen mit solchen Prozessen. Sie könnten der Klasse von ihren realen Erfahrungen berichten. Die anderen Schüler:innen können Argumente sammeln, ob sie selbst bei sich in der Familie einen solchen Rat einrichten würden. Anschließend können sie ihre Pro- und Kontra-Argumente mit den Mitschüler:innen austauschen.

3 Alle Macht den Kindern

Der Journalist Jochen Metzger (www.jochen-metzger.de, Psychologie Heute, brand eins, Zeit etc.) führte mit seiner Frau und seinen beiden Kindern ein Experiment durch, bei dem die Kinder und die Erwachsenen die Rollen tauschten. Ziel von Metzger war es, auf beiden Seiten mehr Verständnis für die andere Seite zu fördern.

Die Schüler*innen versetzen sich in das Experiment (es kann auch das Buch mit den Schüler*innen gelesen werden, Buchtrailer auf youtube: www.youtube.com/watch?v=AKatO3R7d5o).

Folgende 10 Regeln stellte Familie Metzger für den einmonatigen Rollentausch auf:

1. Das Experiment dauert genau einen Monat.
2. Die Kinder bekommen die Rechte und Pflichten der Eltern, die Eltern bekommen die Rechte und Pflichten der Kinder (ausgenommen: Autofahren und andere Dinge, die für Minderjährige gesetzlich verboten sind. Die Kinder können aber bestimmen, dass die Eltern dies tun).
3. Die Kinder verwalten den in bar vorliegenden Monatsetat von 700 Euro. Die Eltern erhalten ein Taschengeld von 40 Euro.
4. Nach dem Experiment darf es keine Rache geben.
5. Alle wissen, dass sie während des Experiments gegen manche Regeln verstoßen.
6. Das Experiment wird nicht verheimlicht.
7. Nur bei Gefahr für Leib und Leben wird der Versuch abgebrochen.
8. Es gibt keine Auszeiten.
9. Die Eltern bewerten die Entscheidungen der Kinder nur, wenn sie nach ihrer Meinung gefragt werden oder direkt betroffen sind.
10. Wenn alle einstimmig dafür sind, kann es eine Ausnahme geben und die Regeln können kurzzeitig außer Kraft gesetzt werden.

AB 06 Demokratie in der Clique

1 Bildergeschichte

Ausgehend von einem Foto, das die Schüler*innen selbst auswählen, überlegen sie, ob es auch demokratische Prozesse innerhalb des Freundeskreises gibt.

2 Dazu verpflichtete ich mich

Aufbauend auf die Bildergeschichte, bei der die Schüler*innen meist noch abstraktes Gruppenverhalten aufzeigen, reflektieren sie in einem nächsten Schritt konkret ihr eigenes Verhalten und ihre Rolle innerhalb der Peergruppe. Dabei werden auch Machtverhältnisse innerhalb der Clique thematisiert und die Demokratiefähigkeit des eigenen Freundeskreises hinterfragt.

— Zu Illustration

Die Illustration auf AB 06 zeigt eine Freundesgruppe. Ausgehend von dieser Darstellung können die Schüler*innen besprechen,

- was „alle gleich“ bedeutet und
- was sie gut an diesem Slogan finden und
- was eventuell auch Probleme innerhalb eines Freundeskreises bringen könnte.

AB 07 Checkliste Demokratie in der Schule

Neben der Familie (AB 05) und dem Freundeskreis (AB 06) ist die Schule ein weiterer (Lern-)Ort für demokratische Mitbestimmung und Beteiligung.

1 Checkliste

Die Schule sollte vielfältige Formen von Mitbestimmung und Möglichkeiten des Einübens demokratischer Partizipation anbieten.

Die Schüler*innen hinterfragen ihr eigenes Schulleben nach solchen Möglichkeiten und bewerten diese.

2 Mein Demokratieprofil für meine Schule (Mustervorlage)

Anschließend wird die Scheibe, die auf AB 07 unten abgebildet ist, auf ein großes Poster übertragen und an die Wand im Klassenzimmer gehängt. Jeder Schüler*in kann nun eine Bewertung vornehmen.

Wenn alle abgestimmt haben, wird das Demokratieprofil ausgewertet. Empfinden die Schüler*innen ihre eigene Schule als demokratischen Ort? Im Plenum kann besprochen werden, warum die Bewertung so ausgefallen ist. Gemeinsam können die Bereiche aufgelistet werden, die in den Augen der Schüler*innen noch verbesserungsbedürftig sind.

In Kleingruppen befassen sich die Schüler*innen mit jeweils einem dieser Bereiche und sie erarbeiten fünf Schritte, wie eine Verbesserung gelingen kann. Anschließend formulieren sie, wie sie selbst dazu beitragen können, dass dieser Bereich an der Schule demokratischer wird.

AB 08 Mitmischen: Schülerzeitungen

An vielen Schulen gibt es eine Schülerzeitung. Schüler*innen in den Redaktionen, aber auch den Lesern*innen, eröffnet sich durch diese Form ein enormes Lernfeld, bei dem auch demokratische Prozesse eingeübt und unterstützt werden.

Auch wenn sich das Arbeitsblatt mit dem Thema „Schülerzeitung“ beschäftigt, können ausgehend von AB 08 andere Medien thematisiert werden, wie z.B. die Schulhomepage, die facebook-Seite oder das Schulradio.

— Zu Aufgabe 1

Vielleicht gibt es an der Schule eine eigene Schülerzeitung? Dann könnte die gesamte Klasse die Zeitung auf die Fragen hin überprüfen.

— Zu Aufgabe 2

Welche Themen halten die Schüler*innen für lesenswert? Neben einer Aufzählung erwünschter Themen und Beiträge können die Schüler*innen einen eigenen Artikel zu ihrem Lieblingsthema erstellen und geeignetes Bildmaterial dazu recherchieren. Anschließend kann die Klasse eine eigene kleine Redaktion bilden und fünf Artikel auswählen: Nach welchen Kriterien hat die Redaktion ausgewählt? Diese Artikel können dann sogar der Redaktion der Schülerzeitung zum Abdruck angeboten werden.

— Zu Aufgabe 3

Die Schüler*innen erkennen, dass nicht nur „gute Schreiberlinge“ zu einer Schülerzeitung beitragen können, sondern dass eine Vielzahl anderer Fähigkeiten gefragt ist. Weitert man die Frage auf andere Medien aus, erweitert sich sogar das Spektrum der Beitragsmöglichkeiten. Auch das ist Teil von Demokratie: sich mit eigenen Talenten und dem eigenen Können einzubringen, im Team mit anderen zu arbeiten und einander wertzuschätzen.

AB 09 Jugendgemeinderäte Spielwiese oder neues Demokratiemodell?

— Zu Aufgabe 1

„Die Rahmenbedingungen für die Einrichtung des Jugendgemeinderats werden vom Gemeinderat der Kommune festgelegt. In der überwiegenden Zahl der Städte und Gemeinden werden die Mitglieder des Jugendgemeinderats für zwei Jahre gewählt. In der Regel gilt das aktive und passive Wahlrecht für alle Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben; wahlberechtigt sind also auch Jugendliche ohne deutschen Pass. Unterschieden wird zwischen mehreren Wahlmodi. Häufigstes Modell ist die Urwahl, bei der alle Jugendlichen der Gemeinde zur Wahl aufgerufen sind. Seltener wird eine Schulwahl durchgeführt, bei der nur Schülerinnen und Schüler wahlberechtigt sind. In manchen Fällen ist die Zahl der Jugendgemeinderatsmitglieder je Schule bereits im Vorfeld quotiert. Ein Delegationprinzip, wonach Schulen, Vereine und andere Institutionen Vertreter in den Jugendgemeinderat entsenden, wird aufgrund des Demokratiedefizits kaum praktiziert.“

— Quelle: wikipedia.de

— Zu Aufgabe 2

In vielen Städten gibt es einen Jugendgemeinderat. Wenn es in der eigenen Stadt keinen Jugendgemeinderat gibt, können sich die Schüler über Internet-Suchmaschinen über Standorte in ihrem Bundesland informieren und gegebenenfalls die jeweiligen Jugendvertreter anschreiben sowie schriftliche oder Telefon-Interviews mit ihnen durchführen. Auf der Seite der Servicestelle Jugendbeteiligung werden weitere Projekte zur Beteiligung Jugendlicher an kommunalpolitischen Prozessen vorgestellt: www.servicestelle-jugendbeteiligung.de

— Zu Aufgabe 3

Lösung:

- A – 2, allerdings ist die Wahlbeteiligung in der Regel sehr hoch
- B – relativ ausgeglichen
- C – 1
- D – 2, meist zwischen 14 und 18 Jahren
- E – 2, in der Regel nicht
- F – 2
- G – 2, der Jugendgemeinderat hat beratende Funktion in Jugendangelegenheiten, aber keine bindende Entscheidungskompetenz.

— Zu Aufgabe 4

Der vollständige Text muss lauten:

Der Jugendgemeinderat hat ein **Informations-, Anhörungs- und Vorschlagsrecht** in jugendrelevanten **Angelegenheiten** der Stadt. Er wirkt bei allen **die Jugend** betreffenden Aufgaben mit und hat **das Recht**, in Angelegenheiten **der Jugend** dem Gemeinderat **Anträge** zu unterbreiten und diese durch seinen Vertreter persönlich **begründen** zu lassen.

AB 10 Mitbestimmung im Betrieb

1 Mitbestimmung auf Unternehmensebene

Neben den Betriebsräten und Gewerkschaften auf Arbeitnehmerseite gibt es auf Unternehmensseite die Arbeitgeberverbände. Gemeinsam verhandeln sie über Löhne und Gehälter. Doch oftmals bedarf es eines Schlichters bzw. Vermittlers, denn diese beiden Vertreter werden sich nur selten einig. Weil Betriebsräte sich für die Rechte der Arbeitnehmer einsetzen und ihre Situation am Arbeitsplatz verbessern wollen, sind sie für den Arbeitgeber meist unbequem. Er muss viele Schritte zunächst mit dem gesamten Betriebsrat besprechen, Dinge können nicht mehr so schnell entschieden und umgesetzt werden, und es bedarf immer eines Kompromisses.

„Vertrauen ist gut, Betriebsrat ist besser“, war 2006 der Titel einer Kampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes, mit der für die Betriebsratswahlen geworben wurde.

— Zu Aufgabe 1

Arbeitnehmer (und Betriebsräte) stehen nicht zwangsläufig auf einer anderen Seite als die Geschäftsführung, denn oftmals empfinden auch die Geschäftsführer einen Betriebsrat als hilfreich und unterstützend. Andererseits gibt es sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer, die glauben, dass es andere und flexiblere Formen der Beteiligung und Mitbestimmung geben müsse. Allerdings ist der Betriebsrat ein demokratisches Recht, das Teilhabe in Betrieben gewährleistet. Im Streitfall ist es für beide Seiten von Vorteil, den Betriebsrat einschalten zu können. Ob ein Betriebsrat rein wirtschaftlich den Unternehmen nutzt oder schadet, ist eine kontroverse Debatte, über die keine Einigkeit herrscht.

Hinter der Befürwortung von Betriebsräten steht ein positives Menschenbild: Nur wer den Arbeitnehmern vertraut und ihr Urteil wertschätzt, lässt sich auf so viel Mitbestimmung ein. Nur wer überzeugt ist, dass der Mensch wächst, sobald er mehr zu entscheiden und zu verantworten hat, wird ihm diese Möglichkeit einräumen.

— Zu Aufgabe 2

Die Argumente in der Pro- und Kontra-Tabelle sollen hier von den Schülern ihrer Aussage nach verschiedenen Interessengruppen zugeordnet werden, z.B. Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Gewerkschaften, Rechtsanwälten, Lobbyverbänden, Betriebsräten, Managern in Großbetrieben, verschiedenen Parteien. Mehrfachnennungen sind dabei ohne Probleme möglich.

Die Schüler sollten begründen, welches Menschenbild und welche Einzelinteressen hinter den jeweiligen Aussagen stehen. Die Lehrkraft sollte die Schüler darauf hinweisen, dass unter bestimmten Voraussetzungen einzelne Argumente auch von „unerwarteter“ Seite kommen können.

AB 11 Formen der Beteiligung

— Zu Aufgabe 1

Mögliche Lösung könnten sein:

— Themen	— Art der Beteiligung	— Beteiligte Personen
Stadtteilentwicklung, speziell der Bereich „Angebote für Jugendliche“	Zukunftswerkstatt und Jugendkonferenz	Alle Schüler*innen des Stadtteils
Haushaltsberatungen in der Kommune	Diskussionsforum	Vereine, Schulen, Bürger*innen
Gesetzesvorhaben im Land (z.B. Gleichstellungsgesetz)	Austauschplattform im Internet	Alle interessierten Bürger*innen des Landes

— Zu Aufgabe 2

Mögliche Argumente könnten sein:

— Pro	— Contra
<ul style="list-style-type: none">– In einer Demokratie soll die Staatsgewalt vom Volk ausgehen, deshalb sind Formen der Beteiligung grundlegend wichtig– Minderheiten werden eher gehört– Form der Kontrolle von Politik für Nicht-Politiker*innen– Belebung der öffentlichen politischen Debatte– Betroffene sollen selbst über Maßnahmen entscheiden dürfen– höhere Legitimation der Entscheidungen, wenn sie vom Volk gestützt werden– beugt dem Machtmissbrauch durch gewählte Volksvertreter*innen vor– neue Aspekte werden in die Diskussion eingebracht– Politiker*innen nähern sich den Bürgern*innen an, weil sie über den Wahlkampf hinaus für ihre Meinung werben/sich mit den Bürgern*innen austauschen müssen– mehr Transparenz der politischen Entscheidungswege.	<ul style="list-style-type: none">– der breiten Bevölkerung fehlt die Fachkompetenz in vielen Bereichen– Extremisten*innen haben größere Chancen– notwendige, aber eher unpopuläre Themen können blockiert werden– Bürgerentscheidungen führen zu Verzögerungen– direkt betroffene und gut informierte Bürger*innen haben einen Vorteil gegenüber den nicht direkt betroffenen und schlecht informierten Bürgern*innen– kann zur Spaltung der Gesellschaft führen– komplizierte Sachverhalte können nur schwer auf die Antwortmöglichkeiten „ja“ und „nein“ reduziert werden– gewählte Organe und Politiker*innen können durch Bürgerbeteiligung geschwächt werden– Bürger*innen haben Eigeninteresse und nicht das Gemeinwohl im Blick– hoher Informationsgrad und -aufwand ist nötig.

Wer bringt die jeweiligen Argumente vor?

- **Betroffene Bürger*innen** wünschen sich mehr Beteiligung an Entscheidungen, um ihre eigene Meinung äußern und mitbestimmen zu können. Gerade bei lokalen Projekten fühlen sie sich meist ausgeschlossen.
- Bei **Politikern*innen** findet man Vertreter*innen beider Seiten in nahezu allen Parteien. Die einen wünschen sich größere Nähe zu den Bürgern*innen und das Absichern ihrer Politik durch die Wähler*innen. Die anderen fürchten sich vor einem enormen Mehraufwand und weiteren Verzögerungen von Entscheidungen.
- **Unternehmer*innen oder Konzerne** sehen in einem Bürgerentscheid oft die Gefahr der Blockade eines geplanten Projekts.
- Viele **Verfassungsrechtler*innen**, wie z.B. Hans Herbert von Arnim, glauben, dass mehr Bürgerbeteiligung die einzige Zukunft der Demokratie ist. Einige weisen aber auch auf die Gefahren hin: Eine realistische Prognose ist schwierig.

— Beispiel Energiepolitik

Anhand des Beispiels der Energiewende können die Schüler*innen überlegen, welche konkreten Schritte zur Beteiligung der Bürger*innen unternommen werden müssten, um einen Wandel gemeinsam umzusetzen. Wo und wie können die Bürger*innen eingebunden werden, mit welchen Informationen müssen sie versorgt werden, welche Arbeitskreise und Gremien könnten hilfreich sein?

— *Tipp:* Auf www.buergergesellschaft.de kann man zahlreiche Modelle, Methoden und konkrete Beispiele der Bürgerbeteiligung finden. Und: Themenblätter im Unterricht Nr. 88, Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung, www.bpb.de/themenblaetter > suche: Bürgerbeteiligung

AB 12 Die Mehrheitsregel – hat die Mehrheit immer recht?

1 Nicht von Mehrheiten entscheidbar?

— Zu Aufgabe 1

Diskussionswürdig sind hier etwa:

- Alle Fragen, die die Grund- und Menschenrechte betreffen
- Minderheitenrechte
- „Wahrheitsfragen“ in Konflikten
- Fragen, deren sachgerechte Beurteilung extrem viel spezielle Kenntnisse und Erfahrung erfordert.

— Zu Aufgabe 2

Alle Fragen, die individuelle Schicksale betreffen. Also eben Fragen, die die Grund- und Menschenrechte betreffen.

— Zu Aufgabe 3

Beispiel:

— Kriterien	— Atomkraft	— Flüchtlingspolitik
nicht überschaubar	– Folgen von Atommüll in einer Langzeitperspektive	– psychische Belastungen durch die Flüchtlingssituation
nicht revidierbar	– entstandener Atommüll	– Personen, die abgeschoben wurden
nicht korrigierbar	– Zeit und Mühe, die man in traditionelle Energien steckt, fehlt beim Aufbau erneuerbarer Energien	– verwirkte Chancen und Traumata können zwar bearbeitet, aber nicht ungeschehen gemacht werden

2 These: Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen

Mögliche Diskussionsansätze:

- a) Die Kriterien „überschaubar, revidierbar und korrigierbar“ müssen immer angewendet werden, weil ...
- häufig individuelle Schicksale betroffen sind
 - Fehlentscheidungen immer möglich sind (z.B. durch menschliche Irrtümer oder neue Erkenntnisse zu einem späteren Zeitpunkt)
 - nur dann die Entscheidungen für die Verantwortlichen moralisch vertretbar bleiben
 - es in einem demokratischen Rechtsstaat um Gerechtigkeit geht.
- b) Diese Kriterien können nicht immer angewendet werden, weil –
- Gesetze eine individuelle Behandlung nicht zulassen, es geht um Gleichbehandlung
 - Entscheidungen oftmals nicht rückgängig gemacht werden können
 - Folgen oftmals nicht absehbar sind und überraschend auftreten.

AB 13 „Mehrheit ist Mehrheit!“

— Zu Aufgabe 1

Die Schüler:innen beschreiben den Begriff ausgehend vom Zitat im grünen Kasten in eigenen Worten.

— Zu Aufgabe 2

Die Kanzlermehrheit war bei der Abstimmung über den ESM-Rettungsschirm nicht notwendig. Eine Kanzlermehrheit wird von der Regierung (-skoalition) dennoch häufig angestrebt, weil:

- sie dem Volk zeigt, dass die Entscheidungen von der gesamten Regierungskoalition getragen werden, also Einigkeit herrscht.
- sie nach innen Einigkeit symbolisiert und damit gute Stimmung und Zusammenhalt in der Regierungskoalition schafft.
- sie als Maßstab dafür gilt, über wieviel Rückhalt der Bundeskanzler:in verfügt.

— Zu Aufgabe 3

Die Schüler:innen diskutieren, welche Themen sie für so wichtig halten, dass sie durch eine Kanzlermehrheit bestätigt werden. Mögliche Beispiele: wirtschaftspolitische Entscheidungen, Abstimmungen über Bundeswehreinheiten in Kriegs- und Krisengebieten, sozial- und familienpolitische Themen oder Themen, die Jugendliche betreffen (Bildungspolitik, Senkung des Wahlrechts, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsfragen etc.).

— Zu Aufgabe 4

Vgl. Antwort zu *Frage 1*: Das Verfehlen einer Kanzlermehrheit wird entsprechend als Mangel an Rückhalt und Einigkeit gewertet. Die ohnehin ESM-kritischen Einstellungen in der Gesellschaft werden damit befeuert.

— Zu Aufgabe 5

Neben großen Debatten innerhalb der Regierung(-skoalition) kann es sogar zu Forderungen der Opposition oder gar innerhalb der Koalition kommen, personelle Konsequenzen zu ziehen. Darüber hinaus stürzen sich Medien auf dieses Thema, die Bevölkerung wird verunsichert und entscheidet sich im Zweifelsfall bei der Wahl gegen die regierende Partei.

— Zu Aufgabe 6

Absolute Mehrheit: Die Mehrheit der möglichen Stimmen (mehr als die Hälfte aller Stimmberechtigten votiert für einen Vorschlag). Sie wird auch als „Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder“ bezeichnet, im Gegensatz zur einfachen Mehrheit, die nur eine Mehrheit der bei der Abstimmung anwesenden Mitglieder erfordert.

Relative Mehrheit: Der im Vergleich zu anderen größte Stimmenanteil (ein Vorschlag/ein Kandidat:in kann mehr Stimmen auf sich vereinigen als jeder:in andere).

Kanzlermehrheit: Die absolute Mehrheit der gewählten Abgeordneten; bei 598 Abgeordneten des Bundestags sind also für die Kanzlermehrheit 300 Stimmen erforderlich (bei Überhangmandaten entsprechend mehr).

Zwei-Drittel-Mehrheit: Es müssen zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf einen Vorschlag/Kandidaten:in vereinigt werden.

Doppelte Mehrheit: Der Begriff stammt aus dem Entwurf für die EU-Verfassung. Bisher ist vorgesehen, dass erst eine Mehrheit der Mitgliedstaaten zustimmt (eine Stimme pro Land), zusätzlich muss diese Mehrheit jedoch noch von mindestens 60 % der EU-Bevölkerung repräsentiert werden (bevölkerungsstarke Länder hätten also mehr Einfluss).

Qualifizierte Mehrheit: Sie erfordert mehr als die Hälfte der Stimmen: das Erreichen eines höheren Stimmenanteils, z.B. Zweidrittel oder Dreiviertel.

AB 14 Überstimmt – was nun?

Die Schüler:innen reflektieren die eigenen Reaktionen auf „Abstimmungs-niederlagen“ und tauschen sich über Möglichkeiten des Umgangs damit aus. Das Verarbeiten von Frustration ist eine wichtige Kompetenz für einen gewaltfreien, demokratischen Umgang mit der Umwelt.

AB 15 Wer regiert die Demokratie?

1 Bundeskanzler:in

— Zu Aufgabe 1

Der König/Kaiser als Reichsoberhaupt war höchster Lehnsherr, höchster Richter, höchster Wahrer über Krieg, Frieden und Recht im Reich. Seine Macht lag allerdings in erster Linie darin, dass er die höchste Quelle aller Legitimität im Reich war; er verfügte über wenig Möglichkeiten, seinen Willen ohne Zustimmung des Reichstags und des Reichskanzlers durchzusetzen.

Bereits 1919 in der Reichsverfassung der Weimarer Republik stand: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Von ihm wurde der Reichstag und der Reichspräsident gewählt. Zudem gab es eine Gewaltenteilung.

Allerdings hatte der Reichspräsident eine starke Stellung in der Exekutive und deutlich mehr Macht als heute ein Bundespräsident:in (mit fast nur repräsentativen Aufgaben). Er ernannte den Reichskanzler sowie auf dessen Vorschlag die Reichsminister und konnte den Reichskanzler entlassen. Man nennt heutzutage den Reichspräsidenten auch „Ersatzkaiser“, und eigentlich verfügte er noch über mehr Macht als der Kaiser.

Der Reichskanzler war Vorsitzender der Reichsregierung. Alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch solche auf dem Gebiete der Wehrmacht, bedurften zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister. Der Reichstag konnte dem Reichskanzler das Vertrauen entziehen und ihn damit zum Rücktritt zwingen.

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, endete auch die parlamentarische Regierungsform. Hitler errichtete eine Diktatur und wurde zum Alleinherrscher ohne jede Verantwortlichkeit. Nach dem Tode des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ließ Hitler die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers zu seinen Gunsten zusammenlegen. Als neues Staatsoberhaupt führte er den Titel „Führer und Reichskanzler“.

Seit 1949 ist die Bezeichnung des Regierungschefs „Bundeskanzler“ und des Staatsoberhauptes „Bundespräsident“.

— Zu Aufgabe 2

Die Schüler:innen setzen sich kritisch mit den Zeichnungen auseinander, die ein stark vereinfachtes und negatives Bild von deutschen Staatsoberhäuptern abbilden. Der Lehrer:in sollte bei Bedarf auf die Merkmale von Karikaturen eingehen: Wie üblich werden bestimmte Charaktereigenschaften übertrieben dargestellt. Die Schüler:innen können sich mit der Frage auseinandersetzen, welche positiven Gedanken und Motive dazu fehlen.

— *Tipp:* Methoden-Kiste, Seite 16: Karikatur, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/shop/lernen > Thema im Unterricht > Methoden-Kiste

2 Kritik an Parteien und Abgeordneten

Die Schüler*innen sollen die Kernaussagen des Leserartikels erfassen und kritisch hinterfragen. Handelt es sich um polemische Vorwürfe oder berechnete Kritik? Hier eignet sich eine Klassendiskussion.

Mögliche Lösungen für die geschilderten Probleme könnten sein:

- Mehr Bürgerbeteiligung (vgl. AB11) und direktdemokratische Elemente
- Strukturelle Reformen und Einführung unabhängiger Kontrollorgane
- Größere Transparenz innerhalb des politischen Systems
- Öffentliche kritische Diskussionen, begleitet durch die Medien
- Rückbesinnung auf die zentrale Aufgabe der Parteien:
„Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit.“

AB 16 Spielarten der Demokratie

— Zu Aufgabe 1

Lösung:

- A – Repräsentative
- B – Direkte
- C – Verbände-
- D – Medien-
- E – Präsidiale
- F – Autoritäre
- G – Mitmach-
- H – Parlamentarische

— Zu Aufgabe 2

Lösung:

- a) C / D / F / G
- b) F

— Zu Aufgabe 3

Lösung:

BRD: Parlamentarische Demokratie

USA: Präsidiale Demokratie

Schweiz: Direkte Demokratie

AB 17 Medien und Demokratie

Die Schüler*innen diskutieren die Rolle der Medien in einer Demokratie. Dabei soll es um die Potentiale und Chancen der Medien als Kontrollorgan, Informationskanal und Beitrag zur politischen Willensbildung gehen. Gleichzeitig entdecken die Schüler*innen aber auch, inwiefern Politik zunehmend auf die Medien zugeschnitten wird und Inhalte deswegen verkürzt werden.

— *Tipp*: Themenblätter im Unterricht Nr. 95, Medien und Politik, www.bpb.de/themenblaetter > Suche: Medien und Politik

AB 18 Demokratie und ihre Gefährdungen

1 Prioritätenspiel

Die Schüler*innen bewerten hier aufgrund eines Basiswissens über Demokratie nach eigenem Ermessen, was in ihren Augen besonders das Funktionieren einer Demokratie beeinträchtigen kann.

Beim Austausch mit den Mitschüler*innen werden sie feststellen, dass es Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt, die vor allem von den eigenen Erfahrungen abhängen.

Die Klasse kann sich anschließend gemeinsam der Frage stellen, wie man den jeweiligen Gefährdungen entgegenwirken kann (was kann jeder*in Einzelne dazu beitragen, was kann die Politik tun, welcher Institutionen/Mechanismen bedarf es, etc.).

— Zu Illustration

Die Schüler*innen können sich in Kleingruppen darüber austauschen, was sie von der Illustration zur „Demokratie“ halten: Welches Bild von „Demokratie“ hat die Illustratorin?

2 Karikaturen-Interpretation

K1: In der Karikatur links wird die Gefahr des Terrorismus angesprochen. Die Demokratie befindet sich immer in einem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Eine Zunahme der Sicherheit bedeutet meist gleichzeitig eine Abnahme der persönlichen Freiheit. In einer Demokratie muss von den Verantwortlichen immer wieder vorsichtig abgewägt werden, auf wieviel Freiheit man zugunsten der Sicherheit verzichten will. Wenn auch nur einer der beiden Stricke reißt, fällt die „Demokratie“ in den Abgrund des „Terrors“.

K2: In der Karikatur rechts wird gezeigt, dass keine guten Ergebnisse erzielt werden, wenn es an demokratischen Kompromissen fehlt. Die abgebildeten Forderungen sind widersinnig: Man kann nicht einerseits Kindermangel beklagen (die später als Arbeitskräfte und damit Einzahler*innen in die Renten- und Arbeitslosenversicherung fehlen) und andererseits diejenigen, die die Sozialkassen auffüllen könnten (wie hier die ausländischen Arbeitskräfte), wegschicken wollen.

AB 19 Demokratie und ihre Skandale

Die Aufgabe kann als Aufhänger dienen, in der Gruppe aktuelle politische Skandale und ihre Bedeutung kontrovers zu diskutieren. Es kann jedoch auf allgemeiner Ebene über politische Skandale diskutiert werden.

Folgende Themen könnten als Positionen herangezogen werden:

- Die meisten Skandale sind inszeniert. Entweder von den Medien oder sogar von den Politikern selbst.
- Das Aufdecken von Skandalen zeigt, dass die Kontrolle innerhalb der Demokratie funktioniert.
- Das Diskutieren und Bewerten von Skandalen unterstützt die Demokratie in ihrer Entwicklung und die Bevölkerung in der Reflektion ihrer Wertvorstellungen.
- Öffentlich gemachte Skandale geben den Bürgern die Chance, bei den Wahlen neu zu entscheiden und gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen.
- Politische Skandale sind nur temporäre öffentliche Erregungen, meist relativiert sich der Stellenwert des Skandals schnell oder er wird durch einen neuen Skandal abgelöst.
- Skandale können den Ruf von Menschen ruinieren.
- Viele Skandale werden künstlich aufgebläht.

— Zu Illustration

Diskussionsanregung:

Die Illustration unten rechts auf der Seite zeigt einen Wegweiser mit drei Richtungen „Demokratie A“, „Demokratie B“ und „Demokratie C“. Was verbirgt sich hinter dieser Zeichnung?

AB 20 Anspruch und Wirklichkeit

Beispiel Gleichberechtigung

— Zu Aufgabe 1

Beispiele:

Rollenklischee: Frauen und Männer können angeblich bestimmte Berufe nicht ausüben oder: Frauen können sich besser um Kinder und Haushalt kümmern

Doppelbelastung: In der Mehrzahl tragen auch berufstätige Mütter die meiste Last der Familien- und Hausarbeit.

Vorurteil: Zuschreibungen von Eigenschaften nach Geschlecht (z.B. Männer seien stärker, Frauen seien emotionaler), Männer seien weniger für soziale und pflegerische Berufe geeignet.

Diskriminierung: Frauen werden schlechter bezahlt, weniger Frauen als Männer sind in Führungspositionen, Frauen sind häufiger in Teilzeitpositionen als Männer.

— Zu Aufgabe 2

Die Schüler können ihre Definitionen vergleichen. Gibt es einen Unterschied zwischen den Definitionen der Schülerinnen und denen der Schüler? Geht es überwiegend um ein Angleichen der „Rechte“ der Frauen? Wird auch die Rolle der Männer berücksichtigt?

— Zu Aufgabe 3

Die Antworten auf die Fragen lauten:

- Am 12. November 1918
- 32,8%; um den Frauenanteil im Parlament zu erhöhen, sind in vielen Parteien Quotenregelungen vorhanden.
- „In den vergangenen Jahren lag der Gender Pay Gap in Deutschland konstant bei 23 %, das heißt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen fiel um 23 % geringer aus als der von Männern.“

— *Quelle:* Statistisches Bundesamt (www.destatis.de), Stand 2012

AB 21 Gewaltenteilung sichert Demokratie

— Zu Aufgabe 1

Exekutive: Bundesregierung, Landesregierung, Verwaltung, Polizei, Finanzbeamte

Legislative: Abgeordnete, Bundesrat, Landtag

Judikative: Bundesverfassungsgericht, Ländergerichte, Amtsgericht, Richter

— Zu Aufgabe 2

Diskussionsansätze:

- weil die Parlamente häufig ihrer Kontrollfunktion nicht genügend nachkommen, müssen andere Mechanismen der Kontrolle greifen
- die Medien spielen dabei eine zentrale Rolle, weshalb man sie auch häufig als „Vierte Gewalt“ bezeichnet
- die Öffentlichkeit muss auch ihre Rolle als kritische Beobachterin des politischen Geschehens wahrnehmen; dafür muss ihr jedoch auch Gelegenheit geboten werden (vgl. Bürgerbeteiligung)
- die Medien allerdings halten sich vor allem an populäre Themen und Skandale, vieles erfährt die Öffentlichkeit nicht
- das Internet bietet neue Formen der Beteiligung und Kontrolle von Politik: Anfragen und Petitionen werden schneller verbreitet, Informationen gehen schnelle Wege über soziale Medien, Beteiligungsmöglichkeiten in Foren sind für viele einfacher zugänglich.

— Zu Aufgabe 3

a) Die Schüler diskutieren Fälle von Machtmissbrauch aus dem aktuellen Geschehen und überlegen, welche Möglichkeiten es im Vorfeld gegeben hätte, um den Missbrauch unmöglich zu machen.

b) Die Gewalten müssen trotz Teilung klarer Kompetenzbereiche sehr eng verzahnt sein und sich gegenseitig hinterfragen und kontrollieren. Weil aber z.B. die Abgeordneten der Regierungsparteien oftmals ihre Kontrollfunktion eher unzureichend ausfüllen, ist eine starke Opposition wichtig für eine Vorbeugung von Machtmissbrauch. Im Rahmen einer so genannten Großen Koalition ist das besonders schwierig.

AB 22 Verantwortung und Pflichten

Lösungen des Lückentextes:

Artikel 1: die Pflicht / zu behandeln

Artikel 2: unmenschliches / unterstützen / die Pflicht / einzusetzen

Artikel 3: jenseits von Gut und Böse / unterstehen / hat die Pflicht / zu fördern / zu meiden

Artikel 4: begabt mit Vernunft und Gewissen / was du nicht willst

Artikel 5: die Pflicht / das Recht, / das Recht

Artikel 6: ohne Gewalt / tolerieren / sich daran beteiligen / missbrauchen / die Pflicht

Artikel 7: geschützt werden / verlangen / die Pflicht / zu schützen

AB 23 Demokratie lebt von der Toleranz

Das AB 23 gibt den Schülern Anregungen, sich mit zentralen Werten der Demokratie auseinander zu setzen. Sie stellen den Zusammenhang zwischen Toleranz und dem Gelingen einer Demokratie her und überlegen, welche Konsequenzen ein Ausbleiben von Toleranz auf das Miteinander in einer Demokratie hat. Dabei können auch andere Staatsformen (z.B. Autokratie, Monarchie, Diktatur) und ihre Werte verglichen werden.

— Zu Illustration

Diskussionsanregung:

Was verbinden die Schüler mit der Illustration auf der Seite unten rechts?

AB 24 Zivilcourage

— Zu Aufgabe 2

Sinnvolle Maßnahmen in einer solchen Situation sind z.B. ...

- sich einen Überblick verschaffen: Was ist geschehen, was geschieht im Moment? Welche Personen sind beteiligt? Welche Bedrohungen sind gegeben?
- auf die Situation aufmerksam machen
- andere direkt ansprechen
- Hilfe vor Ort organisieren
- notwendige Aufgaben verteilen
- dem Opfer zeigen, dass es nicht alleine ist
- einen Notruf absetzen.

— Zu Aufgabe 3

Auf keinen Fall sollte man ...

- wegschauen
- weglaufen, ohne etwas zu tun oder Hilfe zu holen
- unüberlegt handeln und sich sogar selbst in Gefahr begeben.

— *Tipps:* Themenblätter im Unterricht Nr. 97, Mobbing in der Schule, www.bpb.de/themenblaetter > Suche: Mobbing in der Schule

AB 25 Solidarität (Gemeinschaftssinn)

— Zu Aufgabe 1

Eine Demokratie braucht Bürger, die Verantwortung für sich und ihr Umfeld übernehmen. Nur wenn die Schwächeren der Gesellschaft mitgenommen und gestärkt werden, können demokratische Grundprinzipien gelebt werden. Deshalb ist es wichtig, Chancen für alle zu entwickeln, damit sich alle auch aktiv einbringen und mitbestimmen können.

„Klassiker der Soziologie wie Emile Durkheim oder Talcott Parsons haben Solidarität als ‚Maß‘ für die ‚noch zusammenhaltbare Verschiedenheit‘ der Gesellschaft verstanden.“

— *Quelle:* www.bpb.de

— Zu Aufgabe 2

Beispiele für praktisch Solidarität ...

in deinem Freundeskreis: schwächere Cliquenmitglieder einbinden, Zivilcourage zeigen

an deinem Wohnort: Umgang auf gleicher Augenhöhe mit allen Nachbarn, Hilfe für ältere oder kranke Nachbarn, Kinder in der Nachbarschaft willkommen heißen

in der Gesellschaft: Integration von Menschen mit Behinderung, Mitbürgern mit Migrationshintergrund

weltweit: Begegnungen auf gleicher Augenhöhe mit Menschen aus anderen Ländern, von- und miteinander Lernen

— Zu Aufgabe 3

K1: Solidarität sollte zwischen den Generationen entstehen und weitergegeben werden. Dazu gehört der gegenseitige Respekt von Jung und Alt.

K2: Solidarität bedeutet, sich um notleidende Menschen zu kümmern und ihnen Schutz zu bieten.

K3: Solidarität bedeutet auch Zugang zu Erwerbsarbeit.

— Zu Aufgabe 4

Es geht um die Solidarität mit den Mitmenschen aus dem direkten Umfeld, genauso wie um Solidarität mit Menschen in der Weltgesellschaft. Gemeint ist aktive und praktisch gelebte statt nur verbale Solidarität. Der Bezug zur Demokratie wird hergestellt: Demokratie bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft, Akzeptanz, Toleranz und Respekt. Das bedeutet auch, dass alle Menschen Zugang haben zu Bildung und Arbeit und in Sicherheit leben können. Somit sind die Begriffe „Demokratie“, „Solidarität“ und „Grundbedürfnisse“ eng miteinander verknüpft.

AB 26 Eigennutz oder Gemeinnutz?

Ideen/Beispiele:

a) Als Bauer, der seit vielen Jahren das funktionierende System miterlebt hat, gibt es zwei Möglichkeiten: Man kann sich ärgern und mit den anderen Bauern zusammenschließen, um etwas gegen den neuen Bauern zu unternehmen. Oder man sucht das Gespräch mit dem neuen Bauern und versucht, eine gemeinsame Lösung mit ihm zu finden.

b) Die Geschichte kann negativ oder positiv ausgehen, sowohl für die „alt-ingesessenen“ Bauern, als auch für den neuen Bauern. Oder alle finden eine gemeinsame Lösung (Reduzierung der Kuhherde des neuen Bauern, Expansion, Rotationsprinzipien, usw.).

c) Der Nutzen liegt bei dem Besitzer.

d) Die Kosten tragen alle Bauern. Es wäre möglich, dass auf Dauer nicht genügend zu fressen für alle Kühe vorhanden ist, die Kühe könnten dann weniger Milch geben, was den jeweiligen Besitzern wirtschaftlich schadet.

e) Es könnte dazu kommen, dass auch andere Bauern mehr Kühe auf die Weide lassen.

f) Das würde natürlich ein schnelles Ende des bestehenden und funktionierenden Systems bedeuten. Damit würden alle Existenzen zerstört, die der „alten“ Bauern und die des neuen.

g) Der neue Bauer hat vor allem die eigene Nutzenmaximierung im Blick. Unklar ist jedoch, ob mit ihm bereits ein Gespräch geführt wurde, vielleicht weiß er nichts von der „bewährten Regel“.

h) Damit die Weide nach dem bewährten Muster weiter existieren kann, sollten sich alle Bauern an gemeinnützigen Zielen orientieren.

i) Eine Lösung kann nur durch ein Gespräch erzielt werden, in dem die Bauern gemeinsam überlegen, wie es mit der Kuhweide weitergehen soll. Dazu müssen faire Regeln für die Nutzung der Weide aufgestellt werden. Es gibt einige denkbare Lösungen für dieses Problem: eine klare Verteilung der Kühe pro Bauer, ein rotierendes System, bei dem jeder abwechselnd mehr Kühe auf der Weide hat, ein „Expansionsplan“ der Weide, Ausgleichsleistungen vom neuen Bauern an die alten Bauern, usw.

j) Beispiele: Überfischung der Weltmeere, Plünderung der Waldtiere, Luftverschmutzung. Beispiele für faire Gruppenregeln: „Freiwilligendienst“, Tätigkeit in Vereinen.

AB 27 Inländer und Ausländer

— Zu Aufgabe 1

Die Schüler*innen setzen sich durch die Reflektion der Zitate mit ihrer eigenen Perspektive auf in Deutschland lebende Ausländer*innen und Menschen mit Migrationshintergrund auseinander.

— Zu Aufgabe 2

K1: Hier wird die (irrationale) Angst in der Gesellschaft vor einer unkontrollierten Immigration angesprochen sowie das EU-Dauerthema der Zuwanderungsfrage. Die Schere zwischen Heraufbeschwören der Überlastung des sozialen Gefüges durch Immigranten*innen und dem verwaisten Klassenzimmer zeigt: Sprengstoff ist eher der demografische Wandel und der Geburtenrückgang als der Zuzug.

K2: Diese Karikatur behandelt das Thema „nationale Zugehörigkeit“. Außerhalb des rechtlichen Status ist „deutsch sein“ nur sehr schwer zu fassen, da Deutschland von vielen unterschiedlichen Individuen geprägt ist. Der Lehrer versucht, den beiden Jugendlichen „Ali“ (steht für nicht-deutsch) und „Fritz“ (steht für „deutsch“) klarzumachen, worin der Unterschied zwischen ihnen bestehe. Äußerlich sind sie keiner Gruppe genau zuzuordnen und dem Lehrer gehen selbst die Argumente aus. Das zeigt: Ausgrenzung wird oft vordergründig an der nationalen Zugehörigkeit festgemacht.

K3: Die dritte Karikatur bezieht sich auf das Gesuch der Türkei zum EU-Beitritt. Die Türkei strebt „mit wehenden Fahnen“ nach demokratischen Grundsätzen, die durch die EU gefördert werden sollen. Westliche Mitgliedstaaten reagieren jedoch wenig erfreut und mit offenen Armen, sondern „panisch“ auf diesen Ansturm und verschanzen sich im Schutze der unflexiblen Mauern ihrer Tradition („christliches Abendland“).

— Zu Aufgabe 3

Die Grundrechte (Artikel 1 – 19 im Grundgesetz)

Artikel 1: Schutz der Menschenwürde

Artikel 2: Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Allgemeine Handlungsfreiheit, Freiheit der Person, Recht auf Leben, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Recht auf Selbstbestimmung

Artikel 3: Gleichheitssatz, Gleichberechtigung

Artikel 4: Glaubens- und Gewissensfreiheit, Recht auf Kriegsdienstverweigerung

Artikel 5: Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit sowie die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft

Artikel 6: Schutz von Ehe und Familie

Artikel 7: Recht auf Schulwahl, auf Erteilung und Teilnahme am Religionsunterricht, zur Errichtung von Privatschulen

Artikel 8: Versammlungsfreiheit

Artikel 9: Vereinigungsfreiheit

Artikel 10: Brief- und Postgeheimnis

Artikel 11: Freizügigkeit im Bundesgebiet

Artikel 12: Freiheit der Berufswahl, Verbot der Zwangsarbeit

Artikel 13: Unverletzlichkeit der Wohnung

Artikel 14: Eigentumsrechte

Artikel 15: Vergesellschaftung, Gemeineigentum

Artikel 16: Verbot von Ausbürgerung und Auslieferung, Asylrecht

Artikel 17: Petitionsrecht

Artikel 18: Gewährleistung der Grundrechte für alle Bürger

Artikel 19: Justizgewährleistung, Rechtsschutz

— *Tipps:* Die ausführlichen Artikel des Grundgesetzes sind unter www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/grundgesetz zu finden.

AB 28 Das demokratische Innenleben von Vereinigungen und Organisationen

Demokratie bedeutet nicht nur Staatsform und -organe, sondern es geht auch um politisches und soziales Engagement. Deswegen sollen sich die Schüler*innen mit dem Potential und Beitrag von Nichtregierungsorganisationen zum demokratischen Miteinander beschäftigen, indem sie sich eine individuell ausgewählte Einrichtung genauer ansehen.

AB 29 Wohin treibt die Demokratie?

Die Idee von Szenarien ist, dass die Schüler*innen ausarbeiten, welche prinzipiellen Handlungsmöglichkeiten in Entscheidungssituationen bestehen, sowie welche weiteren Handlungsmöglichkeiten (und -zwänge) sich aus einmal gefällten Entscheidungen ergeben. Eine solche Abfolge möglicher und/oder tatsächlich gefällter Entscheidungen kann in Gruppen bearbeitet werden. Dabei soll die Szene in allen Alternativen durchgespielt werden. Ziel ist es, Denken in Alternativen zu erüben und dabei auch die Folgen der Handlungen vorauszudenken.

— Zu Aufgabe 4

Leitfaden zur Entwicklung eines Szenarios:

1. Eine Ausgangssituation (Problemsituation, Dilemmasituation) wird beschrieben, oder es wird gemeinsam eine Ausgangssituation überlegt.
2. Die Jugendlichen werden in Gruppen eingeteilt und erhalten ein großes Blatt Papier und Stifte.
3. Auf dem Papier werden alle Handlungsmöglichkeiten visualisiert, die die betreffende Person hat. Dabei wird der Handlungsstrang so lange verfolgt, bis sich eine oder mehrere Lösungen ergeben.
4. In einem nächsten Schritt sollen die wahrscheinlichen Handlungen eingezeichnet und Begründungen gesucht werden, warum diese Handlungen wahrscheinlich sind.
5. Bei der Präsentation und Besprechung werden die Schlüsselszenen verdeutlicht.

— Zu Illustration

Die Illustration greift Schlagworte der Szenarien auf. Die Schüler*innen können aus den einzelnen Teilzeichnungen eine Geschichte zusammenführen und so ihr eigenes Szenario entwickeln.

AB 30 E-Demokratie Chancen und Möglichkeiten

Auf AB 30 erfahren die Schüler*innen etwas über Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung über das Internet. Sie setzen sich mit Möglichkeiten, Grenzen und Gefahren auseinander und erstellen eine Liste mit Risiken, die sich für die Demokratie durch das Internet ergeben.

Ideen/Beispiele:

- Problem „Crowdsourcing“: Hinter scheinbar parteilosen Usern*innen können sich auch Lobbyisten*innen verbergen.
 - Problem „Wer steckt hinter der Kampagne“: Ist die Kampagne gegen den Neubau eines Einkaufszentrums wirklich von Naturschützern*innen oder doch von der Konkurrenz angezettelt worden?
 - Pseudonyme und Mehrfachabstimmungen machen die Demokratie intransparent.
 - „Im Internet wird gehört, wer am lautesten ist“: Also der Dauer-Nutzer*innen, der*innen sich immer und über alle Kanäle zu Wort meldet. Wer sich nicht äußert oder beteiligt, kommt nicht vor.
- (Beispiele in Anlehnung an Alexandra Borhardt 2001: „Wie sind die Klicks?“ in: Süddeutsche Zeitung vom 17./18. Dezember 2011)

AB 31 Wie demokratisch ist das Internet?

— Zu Aufgabe 1

Nadine Karbach:

- Das Internet gehört zu unserem Leben dazu.
- Es müssen Modelle entwickelt werden, die Beteiligung wirksam machen.
- Das Internet ist niederschwellig und erreicht viel mehr Menschen als andere Medien.

Jan-Hinrik Schmidt:

- Die Formen des Austauschs über das Internet können auch für undemokratische Zwecke genutzt werden.
- Ein Internetanschluss allein reicht nicht aus. Die Menschen müssen mehr wissen, wenn sie es als demokratischen Raum nutzen sollen.
- Das Internet gibt vor, Mitbestimmung zu ermöglichen. Selbstbestimmung ist jedoch nicht gewährleistet.

— Zu Aufgabe 2

Die Schüler*innen testen die Möglichkeiten von Beteiligung und Mitbestimmung im Internet in einem fiktiven Kleinprojekt an der Schule aus und bewerten anschließend die Chancen und Grenzen des Internets für demokratische Verfahren basierend auf der eigenen Erfahrung.

— Zu Aufgabe 3

Nun testen die Schüler*innen reale Partizipation über bestehende Funktionen des Internets. Abgeordnetenwatch.de bietet die Möglichkeit, einen Politiker*in direkt zu befragen. Wie bewerten die Schüler*innen diese Möglichkeit? Ist sie effektiv? Würden sie diese wieder nutzen? Welche Themen eignen sich für diese Form der Kommunikation und welche eher nicht?

AB 32 Global Player – Ende der Demokratie?

In der Arbeitswelt geht es leider nicht immer demokratisch zu. Deshalb gibt es Unternehmen, die sich freiwillig dem „Global Compact“ anschließen. Damit zeigen sie, dass es gewisse Arbeitsstandards und Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten gibt und sie sich gegen den globalen wirtschaftlichen Druck ein Stück auflehnen. Im Rahmen des AB32 beschäftigen sich die Schüler*innen mit dem Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaft.

AB 33 Demokratie weltweit Kann man Demokratie messen?

Statistiken und Indizes können nur eine Annäherung an eine Bewertung des demokratischen Grads von Staaten sein. Gleichwohl geben sie einen Überblick und lassen Vergleiche zu. Wichtig dabei ist es, immer auch die Kriterien zu betrachten, die den Messungen zugrunde liegen.

— Zu Aufgabe 2

Vor- und Nachteile der einzelnen Maßstäbe:

a) **Freiheitsrechte** (www.freedomhouse.org): Ziel von Freedom House ist die Bewertung der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten in jährlichen Berichten. Dabei werden auch Komponenten wie „sozio-ökonomische Rechte“ und „Freiheit von Krieg“ erfasst, das Wahlrecht fließt allerdings nicht in die Bewertung ein. Vorgeworfen wird diesem Index, dass die Bewertung der einzelnen Komponenten nur begrenzt wissenschaftlich erfolge und zu sehr auf subjektiven Experteneinschätzungen fuße. Freedom House weist selbst auf den Unterschied zwischen Freiheits- und Demokratiemessung hin, betont aber, dass Freiheit ein zentrales Element von Demokratien sei. Zahlreiche Wissenschaftler*innen nutzen diesen Index.

b) **politische Rahmenbedingungen** (www.democracybarometer.org): Das Democracy Barometer überprüft Aspekte der Bereiche Freiheit, Gleichheit und Kontrolle. Es geht von einem sehr komplexen Demokratieverständnis aus. Wissenschaftler*innen werfen dem Demokratiebarometer vor, dass es zu viele Indikatoren messe (100), die sich in großen Teilen überlappen und auch aus einer zu stark westlichen Sicht erstellt wurden. Interessant ist, dass neben den Freiheitsrechten und den Partizipationsmöglichkeiten auch die Politikergebnisse in die Messung einbezogen werden.

c) **Glücksindex** (Bruttonationalglück, www.grossnationalhappiness.com): Dieser Index soll die wirtschaftliche Bewertung von Staaten mittels des Bruttonationalprodukts durch weitere Faktoren anreichern und humanistische, psychologische und soziale Aspekte berücksichtigen.

„Während konventionelle Entwicklungsmodelle das Wirtschaftswachstum zum herausragenden Kriterium politischen Handelns machen, nimmt die Idee des Bruttonationalglücks an, dass eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft nur im Zusammenspiel von materiellen, kulturellen und spirituellen Schritten geschehen kann, die einander ergänzen und bestärken. Die vier Säulen des Bruttonationalglücks sind

- die Förderung einer sozial gerechten Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung,
- Bewahrung und Förderung kultureller Werte,
- Schutz der Umwelt und
- gute Regierungs- und Verwaltungsstrukturen.“

— Quelle: wikipedia.de

Dem Index wird vorgeworfen, dass er zu subjektiv, unwissenschaftlich und ideologisch gefärbt sei.

d) **Gini-Index:** Weltweit der wichtigste Messindex zur Verteilung von Vermögen innerhalb einer Gesellschaft. Vorteile des Gini-Index sind, dass er aufzeigt, wie ungleich Vermögen in einer Gesellschaft verteilt ist, und den Vergleich zwischen Ländern ermöglicht. Auch lässt sich verfolgen, wie sich die Ungleichverteilung über die Jahre entwickelt. Er misst also insbesondere die Gerechtigkeit in einem Land. Kritiker*innen meinen jedoch: Der Gini-Index lässt keine Aussage im Bezug auf den Wohlstand zu (Einkommen kann zwar relativ gleich verteilt sein, dennoch kann das Land sehr arm sein). Außerdem: Steigt der Gini-Koeffizient, muss es den Menschen nicht unbedingt schlechter gehen.

AB 34 Krieg für Demokratie?

1 Pro und Kontra: Welcher Einsatz für Demokratie?

— Zu Aufgabe 1

Oftmals werden Interventionen in Krisen und Kriegen damit begründet, dass sie die Demokratie schützen, bzw. demokratische Entwicklungen fördern sollen. Die Schüler*innen diskutieren die Frage, ob Demokratie mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden kann. Dabei können sie sich auch mit aktuellen Beispielen aus den Medien auseinandersetzen.

— Zu Aufgabe 3

Wichtigste Argumente der Autoren*innen:

Wolfgang Merkel:

- Allein der Sturz einer Diktatur garantiert weder Frieden noch Demokratie.
 - Demokratieförderung kann immer nur als zweiter Schritt erfolgen.
- Zunächst geht es um eine humanitäre Intervention in Konflikten.

Joachim Gauck:

- Frieden, Freiheit und Menschenrechte entstehen nicht automatisch.
- Den Deutschen wurde die Freiheit von ausländischen Soldaten geschenkt.
- Eine funktionierende Demokratie verlangt großen Einsatz jedes Einzelnen. Das kann sogar der Einsatz des eigenen Lebens im Rahmen eines Krieges für Demokratie sein.

Anna Sauerbrey:

- Der Westen versucht, sein Demokratieverständnis auf andere Weltregionen zu übertragen und sein Staatsmodell in andere Länder zu exportieren.
- Dabei werden oft regionale, kulturelle, religiöse, traditionelle Faktoren übersehen.
- Bestehende gesellschaftliche Strukturen müssen berücksichtigt werden, wenn man Länder in einem Systemwandel unterstützen möchte.
- Demokratieförderung als Kriegsgrund wird oftmals von der Politik zur Rechtfertigung militärischer Einsätze gewählt.

2 Interpretation: Demokratische Verhältnisse?

K1: Das Überstülpen einer bestimmten Demokratievorstellung funktioniert nicht. Schon gar nicht, wenn die kulturellen, traditionellen und politischen Gegebenheiten völlig anders sind. Und auch nicht, wenn ausländische Kräfte nicht an die Fähigkeiten der lokalen Bevölkerung glauben.

K2: Allein das Wissen über Demokratie reicht nicht aus. Demokratische Strukturen und Methoden müssen erlebbar gemacht und eingeübt werden. Nur wenn der Ansatz ganzheitlich ist, kann man von Demokratie sprechen. Außerdem muss verstanden werden, dass Demokratie kein theoretisches Wissensgebiet ist, sondern nur existieren kann, wenn sie in alltäglichen Situationen (z.B. in der Schule) gelebt wird.

AB 35 Schwedenrätsel

Demokratisch – undemokratisch

— Zu Aufgabe 1

K	R	A	S	S	I	S	M	U	S	S	F
A	O	D	E	M	O	M	K	G	G	K	R
N	W	N	W	W	W	A	A	E	L	A	E
P	A	R	T	E	I	C	I	S	E	N	I
C	H	S	G	R	Y	H	S	E	I	D	H
T	L	Q	J	R	O	T	E	T	C	A	E
M	E	I	N	O	A	L	R	Z	H	L	I
A	N	G	S	T	S	N	L	E	C	E	T
F	Y	A	V	M	E	D	I	E	N	D	F
T	O	L	E	R	A	N	Z	X	C	U	V

— Zu Aufgabe 2

Was ist wichtig für eine Demokratie?

- Demo
- Toleranz
- Gesetze
- Kontrolle
- www (!?)
- Wahlen
- gleich
- Partei
- Macht (!?)
- Freiheit

— Zu Aufgabe 3

Was gefährdet eine Demokratie?

- Rassismus
- Macht
- www (!?)
- Kaiser
- Angst
- Skandale

AB 36 Quiz: Was hast du behalten?

Lösung:

- 1 - d / 2 - a / 3 - b / 4 - a / 5 - d / 6 - d / 7 - a / 8 - d / 9 - c / 10 - c / 11 - b / 12 - b / 13 - a / 14 - a / 15 - b / 16 - a